Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 7-8

Artikel: Für eine Linke ohne Dogma
Autor: Hartmann, Horst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340847

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Für eine Linke ohne Dogma

Von Horst Hartmann,
freier Journalist in Bonn

Wenn der unwiderrufliche politische, wirtschaftliche und moralische Zusammenbruch der kommunistischen Staaten auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus zurückzuführen ist, drängt sich die Frage auf, ob Karl Marx nicht ein weltfremder Stubengelehrter war, der mehr Schaden als Nutzen angerichtet hat.

Was bedeutet Karl Marx für den demokratischen Sozialismus?
Dieser Überlegung auszuweichen, ist schon deshalb unmöglich, weil das konservative Lager versucht, ihn als Scharlatan hinzustellen, um jede Systemkritik zu verhindern.
Tatsache ist, dass der Poststalinismus sich nicht auf Proudhon, Lassalle, Bakunin, Bernstein oder Luxemburg berief, sondern auf Marx, Engels und Lenin. Die Kluft zwischen dem Rabbinersohn aus Trier und dem Revolutionär Lenin hat der französische Schriftsteller Julien Gracq wie folgt umrissen: "Nichts reicht an die überlegene Fassungskraft, an die Treffsicherheit, die so sauber durchbohrt, dass nicht einmal Blut fliesst, an die grimmige und beschwingte Heiterkeit des Journalisten Marx heran. Neben ihm ist der überzeugende und robuste Lenin plump und didaktisch."
Wir verdanken Marx entscheidende Erkenntnisse; doch viele zeitbedingte Irrtümer müssen ihm auch angekreidet werden, vor allem die These vom herannahenden Untergang des Kapitalismus, die auf seine blinden Anhänger wie Fusel wirkte. Mit wesentlichen Erkenntnissen reicht der Arm von Karl Marx in die Gegenwart. Die Selbstentfremdung des Menschen durch die Arbeitsteilung trifft im Prinzip noch immer zu. Aber sie muss modifiziert werden, was Dogmatiker vergassen. Die subjektiv als relative Freiheit empfundene Dispositionsmöglichkeit im Dienstleistungsbereich lässt diese Theorie verblassen. Ob ausgerechnet Angestellte mehrheitlich diese Entfremdung empfinden, erscheint zweifelhaft.

Allerdings dürften nachdenkliche Vertreter der "Büroarbeiter" sich keiner Illusionen darüber hingeben, dass - ganz im Sinne von Marx - der Staat eine fiktive Gemeinschaft schafft, die eine tragfähige, solidarische Gesellschaft nicht ersetzen kann. Wer mit Angestellten über ihre soziale Rolle ins Gespräch kommt, wird feststellen, dass mit steigender Position ein wachsender Zynismus einhergeht. Über die Rücksichtslosigkeit des Systems geben sich die Herren im Nadelstreifenanzug die wenigsten Illusionen hin. Das allein beweist schon die Moral des Kapitalismus.
Marx zielte darauf ab, die Übereinstimmung von Wesen und Existenz im menschlichen Sein zu erreichen. Ihm ging es um die dreifache Verwirklichung der Freiheit: nämlich
der Freiheit vor wirtschaftlicher Ausbeutung der Arbeitskraft,
der Freiheit vor politischer Unterdrükkung und
der Freiheit von den unmittelbaren Bedürfnissen.
Allein damit nimmt er posthum an allen ernsthaften Diskussionen teil, in denen es um die politische Zukunft geht. Dennoch sollte die Frage gestellt werden, ob es überhaupt um ein Pro oder Kontra für diesen Philosophen geht.
Soziale Utopien entstanden bereits im 16. Jahrhundert. Und ihre Anziehungskraft lag darin, dass ihre Ideen nicht nur vom Mitleid mit den Armen bestimmt wurden, sondern dass ihnen philosophische und religiöse Überzeugungen zugrunde lagen, aufgrund derer ein Leben in einer konfliktfreien, gerechten Gesellschaft ohne Unterdrückung ermöglicht werden sollte. Den Sozialrebellen erschien der Kampf aller gegen alle als wider die Natur gerichtet.
Der moderne Sozialismus - der Begriff stammt übrigens von dem Anhänger Saint-Simons, Pierre Lerroux, und entstand erst 1832 - beruht auf zahlreichen Utopien. Es wäre daher falsch, in den Werken von Marx und Engels die endgültige Kanonisierung zu sehen. Im 19. Jahrhundert beschäftigten sich zahlreiche Denker mit gesellschaftlichen Veränderungen. Erwähnt seien nur Saint-Simon, Owen, Fourier, Proudhon, Weitling,

Cabet, Blanqui, Lassalle, Bakunin. Aber keiner von ihnen wäre ohne die Ideen der Französischen Revolution denkbar, auch wenn sie durch die Probleme der industriellen Revolution auf den Plan gerufen wurden.

Die zeitgenössische Linke verdankt den Genannten ebensoviel wie Karl Marx, obwohl er entscheidende Erkenntnisse einbrachte, etwa die Defination von der Arbeitskraft als Ware, die ungerechte Verteilung des Mehrwertes, die Dialektik des geschichtlichen Fortschritts und die Analyse des Klassenbegriffs. Wenn sein Werk von Orthodoxen verabsolutiert wurde, war das nicht seine Schuld. Der Sozialismus im Jahr 2000 kann nur als offenes Denksystem bestehen und darf sich nicht nur auf einen überragenden Philosophen verlassen, der nicht die Rolle eines Parteivorsitzenden übernehmen kann.

Diskussion

Genossinnen und Genossen ?

Von Christoph Schürch

In den letzten Juliwochen wurde in der BRD und in der (Noch-)DDR um den Wahlmodus für die gesamtdeutschen Wahlen gestritten. Im wesentlichen ging es um die 5-Prozent-Klausel, welche in der BRD nach dem Krieg eingeführt wurde, um "extremistischen" Gruppen und Parteien den

Einzug in den Bundestag zu verwehren.
Eine solche Regelung finde ich grundsätzlich äusserst undemokratisch und unfair. Im jetzigen Fall bekommt die ganze Problematik auch noch starke tragödische Aspekte, geht es letztlich einzig und allein darum, die PDS zu liquidieren, in dem ihr, auch mit der Listenverbindungsmöglichkeit, keine Wahlchance eingeräumt werden soll (auch stark betroffen sind die Revolutionärinnen und Revolutionäre der ersten Stunde). Die himmeltraurigste Rolle spielt dabei die SPD.

Unter dem Vorwand, in der PDS sässen noch die alten Stalinisten, schiessen sie mit einer Vehemenz gegen Genossinnen und Genossen der PDS und grenzen diese aus, was für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wie auch für Sozialistinnen und Sozialisten unwürdig ist. Die Exponenten der SPD blasen dabei ins selbe Horn wie die West-CDU. So äusserte sich Bundesinnenminister Schäuble, dass das Parteistatut der PDS hinsichtlich Demokratietauglichkeit und Extremismus überprüft werden müsse.

Dies sind Absichten, die an Radikalenerlass und Berufsverbote erinnern und die alte Kommunistenhatz mit KPD-Verbot wach ruft.
Unzweifelhaft geht es der SPD nicht etwa um die SED-Vergangenheit der PDS, sonst wäre eine Koalitionsregierung mit den für den Stasi-Staat mitverantwortlichen Blockparteien wohl kaum möglich. Es geht vielmehr um den Alleinanspruch als Linke. "Kautsky und Lenin in einem Programm?" fragte Gustav Just am 14./15. Juli im "Neuen Deutschland" und stellte polemisch fest: "Meine bisherigen Erfahrungen in der SPD laufen darauf hinaus, dass wir links von uns keine Partei brauchen." Dieser Alleinanspruch erinnert umgekehrt an die "Zwangsvereinigung" von KPD und SPD zur SED. Hinsichtlich dieses Sachverhaltes muss sich die SPD den Vorwurf gefallen lassen,

a) aus der jüngsten deutschen Geschichte nichts gelernt zu haben und

b) arrogante Taktierer zu sein (wer die PDS nicht wählen kann, weil sie eh keine Chance hat, wählt das kleinere Übel respektive die "Auch-Linken", die SPD).

Mit einer unglaublichen Kaltschnäutzigkeit ignoriert die SPD die seriöse Vergangenheitsbewältigung innerhalb der PDS.

Eine löbliche Ausnahme ist der frühere SPD-Ost-Vorsitzende Ibrahim Böhme. Er distanziert sich öffentlich von diesem Wahlschmiertheater: "Ich glaube, es ist falsch, Angst zu haben, in der Opposition zu sitzen, nur weil die PDS dort ist ... Wovor ich vielmehr Angst habe, ist dass die sozialdemokratische Identität in einer christdemokratischen untergeht" ("Neues Deutschland" vom 7./8. Juli). Und weiter sagt Böhme: "Ich habe nicht das Recht, Menschen, egal welcher Partei sie angehören, den glaubwürdigen Anspruch zu verweigern, an der Demokratisierung unserer Gesellschaft mitzuwirken."

Ich erachte es als eine wichtige Aufgabe der SPS, zwischen der SPD und der PDS zu vermitteln. Es darf nicht mehr geschehen, dass Sozialistinnen und Sozialisten ausgegrenzt, verunglimpft und an den Rand gedrängt werden und schon gar nicht von anderen Sozialistinnen und Sozialisten. Ich erwarte von der SPS, dass sie dieser von der SPD-West und -Ost inszenierten Linkenhatz entgegentritt und sie verurteilt!

Enttäuscht habe ich auch von der PdA-Ausgrenzung bei der AHV-Initiative seitens der SPS Kenntnis genommen.